

Kurzversion CIDSE-Strategiepapier zur globalen Finanzkrise

April 2009

Weltweit herrschen zurzeit mehrere Krisen. Diejenigen die am meisten darunter leiden, sind die Entwicklungsländer: Zusätzlich zu den Konsequenzen der Nahrungsmittel- und Energiekrise, müssen sie die Folgen der Finanzkrise, für die sie nicht verantwortlich sind, ertragen.

Die aktuellen globalen Krisen wurden massgebend durch das ökonomische Modell des Risikos und der Spekulationen bestimmt. Hinzu kamen die übermässige Ausbeutung von natürlichen Ressourcen und die mangelhafte Umsetzung internationaler Abkommen zum Schutz von Umwelt und Menschenrechten. Diejenigen mit der Macht über finanzielle und politische Ressourcen haben von der globalen Integration profitiert und in Ländern mit steuerlichen und rechtlichen Begünstigungen investiert. Die Leidtragenden dieses Systems sind vorwiegend die ärmsten Gesellschaftsmitglieder, wie Frauen und Kinder, in Niedrig- und Mittellohnländern. Hinzu kommen die Millionen von Arbeiterinnen und Arbeiter die ihre Anstellung verloren haben.

Das Ziel, die Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 zu erreichen, rückt aufgrund dieser Entwicklungen in immer weitere Ferne. CIDSE hat die Krisen analysiert und in Anlehnung an die Prinzipien katholischer Soziallehre Lösungsvorschläge erarbeitet, die die gleiche Würde aller Menschen ernst nehmen und die Anliegen der Ärmsten ins Zentrum rücken.

CIDSE betrachtet eine wirkungslose Regulierung auf globaler Ebene als Hauptursache für die Finanzkrise:

- 1) Die Finanzkrise hat die Lücken der internationalen Finanzregulierungen sowie der entsprechenden Institutionen aufgedeckt. CIDSE empfiehlt daher, bei der Festlegung von Finanzstandards die Entwicklungsländer als Mitglieder in die Entscheidungsgremien aufzunehmen und eine UNO-basierte zwischenstaatliche Expertengruppen für entwicklungsspezifische Fragen zu bilden.
- 2) Der internationale Währungsfonds (IWF) hat es verpasst, international für die Stabilität harter Währungen zu sorgen. Es ist nun dringend notwendig, alternative und glaubwürdige Mechanismen zu entwickeln, die nicht nur auf der Währung eines Landes aufbauen sondern einerseits Wechselkurse multilateral überwachen und andererseits verstärkt regional organisiert sind um Wechselkursschwankungen zu managen.
- 3) Dass die Bretton Woods Institutionen (BWI's) ebenfalls einer Reform bedürfen, wurde durch die Finanzkrise erneut deutlich. Ihre Gouvernanzstrukturen reflektieren noch immer die Machtverhältnisse aus der Zeit nach dem Ende des zweiten Weltkrieges und viele Entwicklungsländer sind nicht der Meinung, dass ihre Interessen in diesen Institutionen berücksichtigt werden. CIDSE empfiehlt tiefgreifende Reformen des Wahl- und Abstimmungsverfahrens. Die internationale Gemeinschaft muss Massnahmen ergreifen, um Regierungen und BWI's gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch gegenüber internationalem Recht, rechenschaftspflichtig zu machen. Zudem ist das Wahlverfahren der Leitungsgremien der BWI's zu verändern.
- 4) Die Finanzkrise hat ferner die mangelnde Führungsrolle der UNO in globalen Wirtschafts- und Finanzthemen aufgezeigt. Da verschiedene Industriestaaten des Nordens Ressourcen einseitig in die BWI's investieren, bleibt das Mandat der UNO, diese auf die Einhaltung internationaler Vereinbarungen und Konventionen zu

sozialen und wirtschaftlichen Fragen zu verpflichten, weitgehend unterentwickelt. Um die Führungsrolle der UNO in globalen Wirtschafts- und Finanzthemen künftig zu stärken, liegen mehrere Vorschläge auf dem Tisch: Die Errichtung eines Sicherheitsrates für Wirtschafts- und Sozialfragen oder neuerdings die Einführung eines globalen Wirtschaftsrates. CIDSE schlägt einen Mechanismus vor, der es dem Follow-up-Prozess der UNO-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung („Monterrey-Konsensus“), der alle entwicklungsrelevanten Fragen behandelt, erlaubt, dies zu tun.

Die Nahrungsmittel-, Energie- und Finanzkrisen haben besonders in Entwicklungsländern zu einem Ressourcennotstand geführt. Die Art und Weise der Staatseinkommen und somit das traditionelle Modell der Entwicklungsfinanzierung muss überdacht werden. CIDSE erachtet vor allem Staatssteuern, aber auch die Einnahmen durch natürliche Ressourcen eines Staates, als die zentralen Mittel der Entwicklungsfinanzierung. Kapitalflucht, Bankgeheimnisse, intransparente Rapportstandards für global tätige Unternehmen oder unfaire Schulden- und Handelsregime verhindern jedoch eine effektive Erhöhung des Staatshaushaltes durch einheimische Einkommensquellen. Sie müssen daher global entwicklungsfreundlich umgestaltet oder verboten werden.

Unabhängig von diesen Massnahmen zur „lokalen“ Finanzgenerierung von Entwicklung bleibt aber Entwicklungshilfe für den Süden zentral. Das UNO Ziel für Industriestaaten von 0,7% des Bruttonationaleinkommens für Entwicklung muss also trotz Finanzkrise weiterhin bis ins Jahr 2015 erreicht werden.

Viele der von der CIDSE vorgebrachten Vorschläge würden grossen politischen Willen erfordern. Die Finanzkrise und ihre Folgen verlangen jedoch eine umfassende Reform des Status quo. Kleine und exklusive Gruppen, wie die G8 oder G20, sind nicht fähig, valable globale Lösungsvorschläge auszuarbeiten. Stattdessen müssen alle Nationen einbezogen werden. Ein solches Forum bietet die im Juni 2009 stattfindende UNO-Konferenz zur Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre Folgen für die Entwicklung. Diese Konferenz bietet allen Regierungen weltweit die Möglichkeit, ihre Interessen und Bedürfnisse einzubringen.